Forum-Gewerberecht | gewerbliches Spielrecht | SPD-Bundestagsfraktion ergreift Partei gegen gewerbliches Spiel

Autor	Beitrag

Autor	Beitrag
bandick 15.01.2011 11:51	Zur Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema "Zukunft des Glücksspielwesens sowie Prävention und Bekämpfung von Glücksspielsucht" vom 12. Januar 2011 Statt die in Gang gekommene Diskussion um Glücks-und Gewinnspiele weiter zu versachlichen wird jüngst wieder mit "Behauptungen" agiert. So auch in einer Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion, in der sowohl der Bundesregierung als auch der Drogenbeauftragten zunächst pauschal eine Nähe zur Automatenwirtschaft und zum Lobbyismus unterstellt wird. Nach Studium einer der Erklärung zugrunde liegenden Beantwortung einer Anfrage durch das Bundeswirtschaftsministerium kann davon aber keine Rede sein. Denn dort wird betont sachlich erläutert, was seriöse Studien und Forschungsergebnisse erbracht haben. Aber das passt offensichtlich nicht ins Bild. So wird mit unrichtigen Prozentzahlen "suggeriert" statt mit Fakten argumentiert. Mit "großen Zahlen" wird ein verzerrtes Bild gezeichnet: Die Aussage der SPD, dass über 80 % der Personen, die in Beratungsstellen vorstellig werden, Spieler von Geld-Gewinn-Spiel-Geräten seien, ist schlicht falsch. Korrekt ist: 72,8 % der 7.300 Spieler, welche bundesweit im Jahr 2008 bei 934 Beratungsstellen Rat gesucht haben, gaben an, hauptsächlich an Geld-Gewinn-Spiel-Geräten zu spielen (vgl. Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, Jahrbuch Sucht, Hamm, 2010). Das sind rund 5.300 Personen von jährlich über 10 Mio. Spielgästen an Geld-Gewinn-Spiel-Geräten. Tatsächlich bewegt sich die Zahl der pathologischen Spieler in Deutschland nach übereinstimmenden Ergebnissen von Studien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – im Auftrag des Deutschen Lotto- und Totoblocks – und des Instituts für Therapieforschung (IFT) – im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit – bei etwa 0,2 % der erwachsenen Bevölkerung, in Zahlen also auf ca. 104.000 Personen, am untersten Rand des Spektrums in Europa. Dies betrifft alle 19 Spielformen, welche legal in Deutschland angeboten werden! Von diesen pathologischen Spielern entfallen ca. 31.000 Menschen(= ca. 30 %) auf gewerbliche Geld-Gewinn-Spiel-Geräte. Bei einem Umsatzanteil der Unterhaltungsautomatenwirtschaft von über 40 % am Gesamtumsatz des Gewinn- und Glücksspielmarktes ist der Anteil der pathologischen Spieler an Geld-Gewinn-Spiel-Geräten mit ca. 30 % unterproportional. Vor dem Hintergrund, dass die Unterhaltungsautomatenwirtschaft zusätzlich als einziger Spielanbieter seit über 20 Jahren auf die Gefahren des übermäßigen Spielens hinweist (alle anderen Anbieter müssen dies erst seit dem 01.01.2008 tun), bekommt die Behauptung hier liege die Hauptverursachungslast einen besonders üblen Beigeschmack. An allen mehr als 200.000 in Deutschland aufgestellten Geld-Gewinn-Spiel-Geräten ist ein Warnhinweis mit einer Beratungs- und Infonummer der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eingedruckt. In jeder Spielothek und in jeder Gaststätte wird also auf die Beratungsstellen aufmerksam gemacht. Da darf es nicht verwundern, wenn sich Spieler an Geld-Gewinn-Spiel-Geräten eher und mehr bei Beratungsstellen melden, als die Spieler anderer Spielformen. Es ist unredlich, wenn der Erfolg dieser Aufklärungsarbeit in einen Schuldvorwurf umgemünzt wird. Fakt ist, dass es in Deutschland keinen Freizeitsektor gibt, welcher so umfassenden und strengen Regeln unterworfen ist, wie das Spielen an gewerblichen Geld-Gewinn-Spiel-Geräten. Die SPD-Bundestagsfraktion sollte daher den Tatsachen ins Auge sehen und sich nicht von überholten Vorurteilen blenden lassen: So hat die "neue" Spielverordnung von 2006 gerade in Bezug auf den Spielerschutz positive Wirkungen entfaltet. Das gleichzeitige Bespielen von Geräten ist, wie vom Verordnungsgeber gewollt, zurückgegangen und das finanzielle Risiko für den Spielgast hat sich klar nach unten bewegt: Betrugen früher die durchschnittlichen Spieleraufwendungen je Stunde und Gerät etwa 22,50 Euro, so sind es mit der Umsetzung der "neuen" Spielverordnung nach aktuellen Erhebungen des Fraunhofer Instituts nur noch 10,89 Euro je Spielstunde. Da zudem das parallele Bespielen

Autor	Beitrag
	mehrerer Geräten von durchschnittlich 2,6 auf durchschnittlich 1,4 gesunken ist, hat sich der durchschnittliche Spieleraufwand in der Praxis von rund 60,00 Euro auf ca. 15,00 Euro – also nur noch ein Viertel – pro Stunde verringert. Es entsteht der Eindruck, dass dies bewusst nicht wahrgenommen werden will, weil es wieder nicht "ins Bild passt." Man darf sich nicht wundern wenn das Ansehen und die Glaubwürdigkeit politischer Parteien in der Bevölkerung weiter sinken, wenn wie hier einseitig gegen Wirtschaftszweige vorgegangen wird, die mehr als 70.000 Arbeitnehmer und über 500 Auszubildende beschäftigen und Steuern und Abgaben zahlen. Noch näher liegt der Verdacht, dass "politische Lobbyarbeit" im Sinne derer betrieben wird, die Interessen anderer Marktteilnehmer wahrnehmen oder jegliches Spiel um Geld ablehnen. Noch ärgerlicher wird es, wenn dabei auch nicht vor falschen Behauptungen zurückgeschreckt wird. Kontakt - Dirk Lampecht (GF) Tel. 030 - 24087760 Quelle
LKKS 26.01.2011 07:02	 quote---------- So hat die "neue" Spielverordnung von 2006 gerade in Bezug auf den Spielerschutz positive Wirkungen entfaltet. ---------- Gibt es auch belastbare Quellen für diese kühne Behauptung, oder ist das nur Pfeifen im Walde?
bandick 29.01.2011 14:10	gute frage. ich befürchte aber fast, dass diese aussage kaum belegbar sein wird. noch nicht zumindest.
Kay Löffler 30.01.2011 00:38	Ich finde diese beiden Passagen interessant: quote---------- ....Tatsächlich bewegt sich die Zahl der pathologischen Spieler in Deutschland ...bei etwa 0,2 % der erwachsenen Bevölkerung, in Zahlen also auf ca. 104.000 Personen, ---------- und quote---------- ...wenn wie hier einseitig gegen Wirtschaftszweige vorgegangen wird, die mehr als 70.000 Arbeitnehmer und über 500 Auszubildende beschäftigen und Steue ---------- Da müssen also 104.000 bluten, damit 70.500 einen Job haben. (Davon die meisten vermutlich nur einen 400-Euro-Job)

Autor	Beitrag
Meike 30.01.2011 07:22	Hallo Kay, wobei man sich immer fragen muss, wie denn diese 104.000 Menschen ermittelt wurden. Wenn unsere örtlichen Suchtberatungsstellen in der Umgebung Zuwächse von weit über 100% bei Spielsüchtigen melden, - so ist es im Jahreswechsel bei uns durch die regionalen Radiosender mehrfach veröffentlicht worden - dann ist der angebliche Erfolg der SpielV zum Thema Spielerschutz sicherlich als Augenwischerei zu testieren. Wie sagte jmd. noch so nett zu mir, Spielsucht hat hat dank der neuen SpielV Namen bekommen, dieser nannte den Namen Book of Ra Gruß Meike
Kay Löffler 30.01.2011 12:08	Hallo Meike, wenn gar noch mehr bluten müssen, damit wenige eine schlecht bezahlte Arbeit haben, um so schlimmer... Einen schönen Sonntag wünscht Dir Kay
bandick 30.01.2011 13:53	wobei auch die genannten zuwächse um 100% zu hinterfragen sind. der zuwachs an beratungssuchenden bei den hiesigen stellen ist sicherlich gut zu belegen. die frage ist aber natürlich, welche aussagekraft das auf die gesamtbevölkerung hat. schließlich geht nicht jeder gefährdete auch zur beratung. ich stimme zu, dass das eine tendenz aufzeigt, die bereits zu denken geben sollte. dass sich anhand der zuwachsraten jedoch valide aussagen hinsichtlich der gesamtbevölkerung machen lassen, wage ich jedoch zu bezweifeln.

Autor	Beitrag
Meike 31.01.2011 07:06	Hallo Kay, "bluten" müssen ja auch die Familienangehörigen, die in den Statistiken gar nicht erfasst werden. Hallo bandick, muss es für den Staat einen Unterschied machen, ob 400.000 Menschen diagonstiziert pathologisch süchtig sind oder "nur" diagnostizierte "Problemspieler" sind? Muss man erst eine bestimmte "Anzahl in der Gesamtbevölkerung" erreichen, dass A, B oder C Handlungsbedarf sieht? Ab welchem Prozentsatz wäre das dann? Wenn Herr Gauselmann in der Eröffnungsrede zur IMA 2011 sagt: ".. In der Tat müssen unsere Mitarbeiter gefeit sein, wenn sie mit solchen Menschen, die effektiv übertreiben, in Verbindung kommen in den Spielstätten. Wir haben mit der deutschen Caritas eine Vereinbarung getroffen, dass alle leitenden Persönlichkeiten in den Spielstätten geschult werden, um in Zukunft, solche zu erkennen. Und Sie können sich heute schon ausrechnen, wenn die Diskussion so bleibt, dann werden 90% aller Problemleutchen, die sich melden von uns kommen." Dann ist doch sehr bezeichnend, dass er von "Problemleutchen" spricht und Führungspersonal beschulen lässt anstatt einfach seine Kundenbindungssysteme, die zudem in großer Zahl gegen §9 SpielV verstoßen, abzuschaffen. ---------- Welche Studie befasst sich denn mit dem "Anfüttern" durch die Glücksspielanbieter? ---------- Im Übrigen wurden diese Verstösse gegen §9 SpielV von der Strudie von Prof. Dr. Bühringer überhaupt nicht erfasst, da die Checkliste, die er nutzte, diesen § gar nicht erfasste. Daher benötigen wir sicherlich nicht noch mehr derartig handwerklich schlechter Studien für irgendwelche bundesweiten Hochrechnung. Eine Abfrage bei den unabhängigen Praktikern (Kommune + Polizei) vor Ort wäre sicherlich aufschlußreicher. Gruß Meike

Autor	Beitrag
bandick 31.01.2011 08:07	hallo meike, nein, du hast recht: jeder spieler, der auch nur ansatzweise als "problemspieler" zu bezeichnen ist, ist einer zu viel. und nein, es bedarf sicherlich auch nicht einer "mindestmenge" an solchen spielern, um einschreitend einzugreifen. ich bin bloß eine skeptikerin, was die aussagekraft solcher zahlen angeht. die wichtigere frage ist doch eher, warum nicht eingeschritten wird, wenn gegen § 9 spielv verstoßen wird. ist das ein ähnlich konsequentes vorgehen wie das, über das du bei den wettbüros gesprochen hast? ich kenne in der tat auch keine studie, die sich mit dem "anfüttern" durch die glücksspielanbieter befasst. auch hier ist aber die wichtigere frage, warum es eine solche nicht gibt (oder zu geben scheint)? was deine ansicht über schlecht gemachte studien und eine abfrage bei den praktikern angeht, gebe ich dir recht (wow - eine erste übereinstimmung!).
anders 07.12.2011 13:08	Auch diese Diskussionsentwicklung zeigt uns wieder einmal die möglichen unterschiedlichen Meinungen. Und das ist auch gut so. Was aber weiterhin beängstigend ist, dass ist die Tatsache, dass offensichtlich wieder nur mit Fantasiezahlen argumentiert werden kann, weil es realistische Zahlen und Werte immer noch nicht gibt. Man bedenke, wir sind schon im Jahre 2011und auch das geht jetzt schon dem Ende entgegen. Es fehlen die Grundlagen nationaler und gleicher Erhebungen. Zumal selbst auch Gutachten keine Gewähr für die Richtigkeit bieten. Wenn keine wissenschaftlich nachprüfbare Statistiken vorhanden sind, wie will man dann zu realen Zahlen in den Gutachten kommen? Schuld an der Misere sind offenbar alle diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer eine ehrliche und aussagefähige Statistik verhindern. Die Nutznießer! Aber es gibt auch noch einen weiteren Punkt, der wiederkehrend ins Auge fällt. Das ist die Tatsache, dass politischen Parteien immer nur wenn sie in der Opposition sitzen, wild und fantasielos um sich schlagen, um wieder auf Gehör zu stoßen. Dann ist auch der unbedarfte Bürger wieder gefragt. Und die deutsche Presselandschaft füllt mit dem Lockruf wahllos die momentan fehlenden Eigenmeldungen kostenlos auf. Ist das nicht schon mehr als sehr niveaulos oder nur eine reine Scheinheiligkeit? Keine Partei in Deutschland ist (geschlossen) interessiert ein ordentliches und rechtssicheres Glücksspielrecht zu schaffen. Deshalb muss man sich auch zusätzlich fragen, welche Aufgaben haben oder erhalten Parteien in Regierungsfunktion? Geht es wirklich nur darum viele Versorgungsposten zu schaffen und damit den nationalen Verbraucherschutz zu verhindern?

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

Powered by: PDF Thread Hack 1.0 Beta 2 © 2004 Christian Fritz
Powered by Burning Board 2.3.6 pl2 © 2001-2004 WoltLab GmbH